

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Florian von Brunn

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Reserl Sem

Abg. Klaus Adelt

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Mechthilde Wittmann

Staatsministerin Ulrike Scharf

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**

"Hochwasser: Besser vorsorgen, Menschen schützen"

Die Regeln der Aktuellen Stunde sind Ihnen bekannt. – Erster Redner ist der Kollege Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bilder der vergangenen Tage aus Simbach in Niederbayern, aus Polling in Oberbayern oder aus Langenzenn in Mittelfranken, die uns erreicht haben, sind erschreckend und verstörend. Unsere Gedanken sind deshalb heute bei den betroffenen Menschen, die in den vergangenen Tagen ein Wetterextrem erlebt haben, wie wir es uns kaum hatten vorstellen können. Unsere Gedanken sind ganz besonders bei den Menschen, die bei dieser Hochwasserkatastrophe Familienangehörige und Freunde verloren haben.

Unser Dank gilt den vielen rettenden und helfenden Händen, den vielen Ehrenamtlichen, von der Feuerwehr bis zum THW, von der Wasserwacht bis zu den Hauptberuflichen bei der Luftrettung und vielen anderen mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Unser Dank gilt allen, die jetzt helfen und mit anpacken, um das Leid der Betroffenen möglichst gering zu halten. Allen Betroffenen und vor allem auch den Helfenden wünschen wir viel Kraft für die kommenden Wochen und die kommenden Monate.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich bin froh, dass große Einigkeit darüber besteht, den Menschen schnell und unbürokratisch zu helfen. Das ist richtig so, und das begrüßen wir sehr.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das Wetter können wir nicht ändern. Aber wir müssen uns die Frage stellen: Tun wir alles, um die Menschen in unserem Land vor Schaden zu schützen? Machen wir genug, um die Folgen von solchen Wetterextremen möglichst gering zu halten? – Meine Antwort ist ein klares Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Ministerin Scharf, Sie haben für die Katastrophe in Simbach und in anderen Orten die Klimaüberhitzung verantwortlich gemacht – das zu Recht. Je mehr wir unser Erdklima überhitzen, umso häufiger müssen wir mit sintflutartigem Regen und Überschwemmungen rechnen. Statt das Klima zu schützen und endlich weniger Klimagifte in die Atmosphäre zu blasen, tun die Große Koalition in Berlin und die CSU-Regierung hier in München aber genau das Gegenteil. Bundesverkehrsminister Dobrindt lässt sich beim Abgasskandal von VW und Opel wirklich am Nasenring durch die Manege führen. Da wird die Umwelt verpestet, die Verbraucherinnen und Verbraucher werden betrogen und getäuscht. Was macht Dobrindt? – Er zuckt mit den Schultern. Aus seinem Haus stammt der Bundesverkehrswegeplan. Er könnte auch den Titel tragen "Ich pfeife auf die Umwelt und auf das Klima".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch mehr Straßen und Flächenfraß, noch mehr Autos und noch mehr Abgase!

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, in trauter Eintracht machen sich die CDU, die CSU, aber auch die SPD zu Schutzheiligen der Braunkohle in diesem Land und zur Abrissbirne bei den erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die größten Dreckschleudern dürfen weiter die Atmosphäre vergiften, während der Ausbau der sauberen Windkraft behindert und abgewürgt wird. Beim Sonnenstrom ist das bereits geschehen. Sie von der CSU-Staatsregierung leisten Beihilfe. Sie blockieren den Neubau von Stromleitungen und verhindern so, dass sauberer Windstrom

nach Bayern fließen kann. Was Sie machen, ist ein Klimaverbrechen und kein Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei gibt es durchaus Alternativen. Nehmen wir doch die drei dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz – wir benötigen sie nicht mehr, und das würde uns 30 bis 40 Millionen Tonnen CO₂ ersparen – und schaffen wir so endlich im Stromnetz Platz für sauberen Windstrom. Bringen wir den Bau der Leitungen, also der Windkraftadern, gemeinsam voran, und hören Sie endlich auf mit Ihrem 10-H-Unsinn. Nur weil eine Regelung nicht gegen die Verfassung verstößt, heißt das noch lange nicht, dass sie sinnvoll und richtig für unser Land ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Thema kommen,, zum Flächenfraß in Bayern. Auch beim Flächenfraß haben Sie eine tiefrote Bilanz: noch mehr Straßen und noch mehr Gewerbegebiete. Ich bitte Sie, meine Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, schauen Sie sich einmal die Region an, aus der Sie kommen. Denken Sie einmal an Ihre Kindheit und Jugend zurück. Blättern Sie Ihr Familienalbum durch, dann werden Sie relativ schnell feststellen: Da, wo sich früher ein Bach durch die Wiesen geschlungen hat, steht heute wahrscheinlich ein Baumarkt. Wo Sie früher mit Ihren Kumpels auf dem Rasen gekickt haben, steht heute möglicherweise der Textildiscounter Kik. Und wo Sie mit Ihren Eltern den Sonntagsspaziergang gemacht haben, findet sich heute wahrscheinlich eine Umgehungsstraße. Sie sind im Begriff, das Land in ein Gewerbegebiet mit Autobahnanschluss zu verwandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist alles nichts Neues. Je mehr Sie asphaltieren und je mehr Sie betonieren, umso schneller steigt das Wasser, wenn es zu einem Unwetter kommt. Je mehr Fläche versiegelt wird, umso größer werden die Schäden. Dabei gibt es auch hier Alternativen:

Innenstädte stärken statt draußen am Stadtrand neu zu bauen; ein sparsamer Umgang mit Flächen; Renaturierung, und einfach mal nachdenken, bevor der Bagger kommt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch ein drittes Problem ansprechen. Das ist die intensive Landwirtschaft mit ihrem Maisanbau in diesem Lande. Schwere Landmaschinen verdichten den Boden so sehr, dass er weniger Wasser aufnehmen kann. Oft wird im wahrsten Sinn des Wortes bis zum letzten Meter an die Gewässer heran Ackerbau betrieben. Es bleibt keine Fläche mehr, wo der Boden den Regen aufnehmen kann. Wenn es regnet, fließt das Wasser ungebremst direkt in die Bäche und in die Flüsse. Die Pegel steigen im wahrsten Sinne des Wortes blitzartig an. Es kommt zu Erosionen; die Erde wird in die Bäche, in die Flüsse und in die Seen geschwemmt. Bei Starkregen können sie weniger Wasser aufnehmen. Wir haben immer wieder Fälle, in denen das Kanalsystem durch die Erdanteile im Wasser verstopft ist.

Das alles ist nicht neu; es ist seit Langem bekannt. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Alle diese drei Themenbereiche sind seit Langem bekannt; jeder müsste sie kennen.

Aber was macht der Ministerpräsident, der leider der Debatte nicht beiwohnt? – Er setzt sich in Berlin dafür ein, dass es noch mehr Biogas geben soll. Das wäre kein Problem, wenn man es richtig machen würde. Aber wahrscheinlich wird es genauso wie bisher in Richtung vermehrter Maisanbau laufen. Das aber ist der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier gibt es Alternativen. Wir könnten den Bioenergieanteil durchaus dadurch stärken, dass wir auf Rest- und Abfallstoffe setzen. Im Gegenzug bräuchten wir weniger Mais. Genau darum muss es gehen; es gilt, auch bei den Bestandsanlagen den Maisanteil zu reduzieren.

Noch etwas müssen wir angehen. Wir müssen unsere Böden ernsthaft schonen. Das heißt für mich ganz klar: Wenn drei Jahre lang auf einer Fläche Mais angebaut wird, muss in den kommenden zwei Jahren dort eine andere Frucht angebaut werden. Dann könnten sich die Böden erholen. Das muss geschehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig und wichtig, dass wir nach einer Katastrophe sofort helfen. Ich habe am Anfang meiner Rede gesagt: Freuen wir uns, dass die Sofortmaßnahmen so schnell auf den Weg gebracht worden sind. Aber wir müssen darüber hinaus auch endlich ernsthaft vorbeugen. Mit Ihrer bisherigen Politik, meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, tun Sie genau das Gegenteil.

Die Alternativen habe ich gerade beschrieben. Um diese auf den Weg zu bringen, ist eine politische Entscheidung notwendig. Beim Wetter sind wir machtlos, bei den Folgen nicht. Hier haben wir eine Wahl. Ich bitte Sie darum, Ihre Politik in diesem Bereich wirklich zu überdenken und aktiven Klimaschutz in unserem Lande zu betreiben. Das nützt uns allen und unserem Lande.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Dr. Martin Huber von der CSU das Wort. Bitte sehr.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine regelrechte Sintflut hat Bayern in den vergangenen beiden Wochen heimgesucht. Den betroffenen Menschen in Niederbayern, vor allem in Simbach, aber auch in Oberbayern und in Mittelfranken gilt unser ganzes Mitgefühl. Allen Helfern, Ehrenamtlichen und vor allem auch den Hilfsorganisationen sagen wir von ganzem Herzen "Vergelt's Gott" und bezeugen Respekt für die geleistete Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir haben wieder einmal gesehen, wie stark die Menschen in Bayern zusammenhalten. Darauf können wir gemeinsam stolz, und dafür müssen wir dankbar sein. Aber leider erleben wir solche Hochwasser immer häufiger. Die klimatischen Veränderungen haben Einfluss auf die Wetterlage hier bei uns. Es gilt, sich darauf einzustellen und die richtigen Maßnahmen zum Hochwasserschutz zu treffen. Anders als dargestellt ist Bayern seit Jahren auf einem guten Weg. Mit den Aktionsprogrammen Klimaschutz 2020 und 2020plus setzt Bayern Maßstäbe beim Hochwasserschutz.

Wir haben uns drei Handlungsfelder vorgenommen und setzen diese konsequent um: Erstens, die natürlichen Rückhaltflächen stärken, zum Beispiel durch die Erhaltung von Auen und die Förderung von Auen, dazu die Sicherung der vorhandenen natürlichen Überschwemmungsgebiete, die Reaktivierung von ehemaligen natürlichen Überschwemmungsgebieten sowie die Zurückverlegung von Deichen und die Stärkung der Auwaldentwicklung.

Zweitens, der technische Hochwasserschutz; das Wasser oberhalb von den zu schützenden Bereichen zurückhalten; mehr Wasser um die Siedlungsgebiete herumleiten.

Drittens, die Hochwasservorsorge intensivieren. Hier gilt es vor allem, die Informations- und Warndienste ständig zu optimieren und zu ergänzen.

Der Freistaat Bayern stellt pro Jahr Mittel von bis zu 235 Millionen Euro für den Hochwasserschutz zur Verfügung. Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2020 werden wir in Bayern insgesamt 3,4 Milliarden Euro für den Hochwasserschutz bereitstellen.

Aber es gilt zu unterscheiden: Die klassischen Hochwasserschutzmaßnahmen nützen bei so schnell auftretenden Sturzfluten, wie wir sie in den vergangenen beiden Wochen hatten, leider nicht. Man muss eines bedenken. Schon bei 25 Litern pro Quadratmeter wird es äußerst kritisch. In Simbach fielen in kürzester Zeit 160 Liter pro Qua-

dratmeter. Ich sage hier ganz deutlich an die Adresse der GRÜNEN: Katastrophenbewältigung eignet sich nicht für Parteiprofilierung.

(Beifall bei der CSU)

Die Katastrophe, die wir zu beklagen haben, ist gerade einmal eine Woche her. Wir haben Tote zu beklagen. Die GRÜNEN beantragen eine Aktuelle Stunde und reden über Parteiprofilierung, über den Bundesverkehrswegeplan und machen Vorwürfe, anstatt sich mit der Thematik angemessen zu befassen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Hartmann, Sie sprechen den Klimaschutz und die Kohlekraftwerke an. Ich kann Ihnen nicht ersparen, auf die Tatsache hinzuweisen, dass in Deutschland von den 16 größten Kohlekraftwerken 10 Kohlekraftwerke in den Bundesländern stehen, in denen Rot-Grün regiert.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das zum Thema Parteiprofilierung!)

Das ist Fakt. Dieses Thema sollten Sie einmal anpacken.

(Beifall bei der CSU)

Es gilt, die Auswertung abzuwarten und dann zu überlegen, wie wir auf diese Maßnahmen konkret reagieren können. Ich sage Ihnen eines: Solche gravierenden Ereignisse kann man nicht komplett vorhersagen. Dennoch überlegen wir, mit welchen Maßnahmen wir besser gewappnet sein können. Wir wissen: Eine langfristige Vorwarnung ist leider nicht möglich, aber die kurzfristige Warnung muss verbessert werden. Kommunale Hochwasserprojekte könnten stärker gefördert werden. Auch für kleinere Gewässer könnten Hochwasserkarten erstellt und optimiert werden. Wir müssen auch dafür sorgen, dass Ablagerungen, die zum Aufstauen von Wasser führen können, beseitigt werden, um eine Verklausung zu vermeiden. Wir müssen auch die Kommunen

stärker vernetzen und aufeinander abstimmen, um bei Starkregen schnell reagieren zu können.

Ich möchte darauf hinweisen, dass in Simbach beim zweiten, monsunartigen Niederschlag der Pegel innerhalb von Minuten auf fünf Meter angestiegen ist. Wir müssen leider feststellen: Die Natur ist nicht kontrollierbar. Wir können und müssen versuchen, auf den Katastrophenfall bestmöglich vorbereitet zu sein. Wir können und müssen unser Möglichstes tun, um einen bestmöglichen Hochwasserschutz zu gewährleisten. Wir dürfen aber nicht die Illusion erzeugen, wir könnten die Natur beherrschen. Umso wichtiger ist es jetzt, den Betroffenen zu helfen und sie zu unterstützen.

Ich sage aber auch ganz deutlich: Das Vorgehen des Bundes war bisher nicht akzeptabel.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Es ist angesichts eines Nothilfefonds mit vier Milliarden Euro untragbar zu sagen, die Bayern bekämen nichts.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Landrat Fahmüller hat es treffend ausgedrückt: Auch Bayerns Bürger sind Bundesbürger und haben in diesem Katastrophenfall die Solidarität des Bundes verdient.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden in Bayern weiterhin zu einem starken Hochwasser- und Klimaschutz stehen und diesen Schutz vorantreiben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege von Brunn, SPD, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es sind furchtbare Ereignisse, die in Bayern die Menschen vor wenigen Tagen getroffen haben. In Bayern haben die Unwetterkatastrophe und die dadurch ausgelösten Sturzfluten sieben Menschenleben gekostet, Milliardenschäden verursacht und Mitbürgerinnen und Mitbürger an den Rand ihrer Existenz gebracht. Diese Ereignisse, die Niederbayern am schlimmsten, aber auch andere Teile Bayerns, nämlich Franken und Oberbayern getroffen haben, machen uns alle betroffen. Wir gedenken der Opfer, trauern mit den Angehörigen und Freunden und sprechen ihnen unser tief empfundenes Beileid aus. Wir werden gemeinsam alles tun, um den Betroffenen zu helfen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn im Zusammenhang mit diesen Ereignissen eines positiv war, dann war es die großartige Hilfsbereitschaft vieler Menschen. Auch wir wollen diesen Helferinnen und Helfern unseren herzlichen Dank aussprechen. Wir wünschen den Menschen, die von der Katastrophe betroffen sind, die in den betroffenen Orten aufräumen und zum Teil ganz neu aufbauen müssen, alles Gute, viel Kraft und Durchhaltevermögen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wichtig ist tatsächlich eine schnelle und unbürokratische Hilfe, vor allem eine finanzielle Hilfe. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen dafür, dass diese Hilfe hier im Haus auf einem guten Weg ist, zum Beispiel auch im Haushaltsausschuss, der den Vorschlägen der Kollegen gefolgt ist, um Menschen aufgrund von Verwaltungsgrenzen und amtlichen Definitionen von notwendigen Hilfen und Geldzahlungen nicht auszuschließen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Eine schnelle und unbürokratische Hilfe ist das eine und im Moment natürlich das Wichtigste. Wir müssen aber auch genau analysieren, wie es zu dieser Katastrophe

kommen konnte, so überraschend und unvorhersehbar sie auch scheint, wenn man in den Landkreis Rottal-Inn blickt. Wir müssen genau und gewissenhaft prüfen, was möglicherweise noch verbessert werden kann, um Menschenleben zu retten. Sturzfluten sind kein neues Phänomen. Seit etlichen Jahren weisen Klimaforscher und Meteorologen darauf hin, dass die Gefahr von Starkregenereignissen und Sturzfluten stetig steigt. Bereits im Jahr 2007 gab es in den fränkischen Kommunen Baiersdorf und Poxdorf Sturzfluten, die ein Menschenleben gekostet und Millionenschäden verursacht haben.

Meiner Ansicht nach ist es legitim und notwendig, da es jetzt wieder zu solchen Ereignissen gekommen ist, die Frage zu stellen: Können die Menschen nicht doch früher informiert und gewarnt werden? Die Daten der Wetterradare des Deutschen Wetterdienstes erlauben eine Extrapolation von einer Stunde bis zwei, maximal aber von drei Stunden in die Zukunft. Wie können die Daten genutzt werden, um zielgerichteter zu warnen und Informationen noch schneller in die Organisation von Hilfsmaßnahmen einzuspeisen? Es muss überprüft werden, warum keine bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte an das Warnsystem MoWaS und nur neun Kreise und Städte an das System KATWARN angeschlossen sind. Ist hier eine Verpflichtung sinnvoll? Wie können diese Systeme verbessert werden?

(Beifall bei der SPD)

Außerdem stellt sich für uns die Frage, ob der Freistaat den Kommunen und damit den potenziell betroffenen Menschen noch mehr Unterstützung geben kann. Wir stellen zur Diskussion, ob die zuständigen bayerischen Behörden wie Wasserwirtschaftsämter auch für die kleineren Fließgewässer, also für die Gewässer dritter Ordnung, für die bisher allein die Kommunen zuständig waren, mehr Verantwortung übernehmen können.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung sollte auch bedenken oder prüfen, ob man Sturzflutgefahrenkarten erstellen kann und an Gewässern dritter Ordnung Überschwemmungsgebiete festlegen muss. Frau Ministerin Scharf, in diesem Zusammenhang möchte ich eindringlich an die Staatsregierung appellieren: Der Personalabbau in der bayerischen Wasserwirtschaft muss jetzt beendet werden. Seit 2004 wurden bereits über 600 Stellen abgebaut. Bis 2022 sollen weitere 600 Stellen abgebaut werden. Zwischenzeitlich wurden 150 befristete Stellen für den Hochwasserschutz geschaffen. Aber in der Summe würden dem Freistaat über 1.000 Fachleute für die Beratung der Gemeinden, Städte und Landkreise und für den Schutz der bayerischen Bevölkerung vor Hochwasser und Sturzfluten fehlen. Dabei sind die Fachleute, die aus Altersgründen ausscheiden müssen, nicht mitgerechnet. Dieser Abbau muss gestoppt werden, weil er vor dem Hintergrund solcher Ereignisse, wie wir sie gerade erlebt haben, verantwortungslos wäre.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen brauchen wir angesichts solcher Gefahren eine umfassende und vorausschauende Personalbedarfsanalyse für die Wasserwirtschaft. Ereignisse wie in Niederbayern, die statistisch gesehen nur alle 1.000 Jahre vorkommen, können weder verhindert noch beherrscht werden. Aber es gibt Maßnahmen, die vor allem bei weniger großen Ereignissen die schlimmsten Folgen reduzieren und dämpfen. Gerade bei lokalen Starkregenereignissen spielt es eine Rolle, ob es mehr natürliche Retentionsräume und Wasserspeicher gibt. In betroffenen Gebieten muss die Landwirtschaft ihre Bewirtschaftungsmethoden anpassen, um eine möglichst hohe Aufnahmefähigkeit der Böden sicherzustellen. Flächenverbrauch und Versiegelung müssen gestoppt und dürfen nicht weiter angeheizt werden. In besonders betroffenen Gebieten muss natürlich auch der Maisanbau auf den Prüfstand.

Es ist aber auch wichtig, und damit komme ich zum Schluss: Es muss alles getan werden – weit mehr als bisher –, um im Interesse der bayerischen Bevölkerung und zukünftiger Generationen den Klimawandel und seine Folgen ohne falsche Rücksicht auf Lobbyisten und Einzelinteressen zu begrenzen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein riesiges Naturereignis mit Toten – was sagt der Landtag dazu? Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Das Thema dieser Aktuellen Stunde ist sehr gut gewählt.

Wir bringen gegenüber den Angehörigen der Toten unser tiefes Mitleid und Bedauern zum Ausdruck. Wir hoffen, dass jetzt durch gezieltes politisches Handeln weiterer Schaden von diesen Regionen abgewehrt werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich danke allen Helfern, die dort tätig waren. Ich greife hier sofort das Thema Helfergleichstellung auf. Sicher wird es wieder Empfänge für all diejenigen geben, die dort geholfen haben. Bitte, liebe Staatsregierung, bringen Sie das Thema Helfergleichstellung noch heuer über die Bühne. Bringen Sie dieses Thema endlich zum Abschluss! Ein Weiterarbeiten nach dem Modell "Helfer zweiter Klasse" ist nicht möglich. Bitte setzen Sie die Helfergleichstellung noch heuer um.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Als nächsten Punkt nenne ich die Fördertöpfe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre ein politisches Drama, wenn diese Katastrophe im Landkreis Rottal-Inn und Umgebung nicht als nationale Katastrophe gesehen und sich der Bund aus der Verantwortung stehlen würde. Ich will das Thema gar nicht politisch aufladen. Aber vor Ort ist bereits folgende Stimmung zu verspüren: Als die Flüchtlinge kamen, waren wir, gerade in Simbach, gut genug, bundespolitische Probleme aufzufangen; heute will der Bund von uns nichts wissen. Ich appelliere an Sie als Staatsregierung, alles in Ihrer

Macht Stehende zu tun. Der Bund sollte Anteil an dieser Situation nehmen – auch mit finanzieller Beteiligung. Der Hilfsfonds aus dem Jahr 2013 muss auch für Bayern gelten, sonst bricht die Solidarität an dieser Stelle zusammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER gehen auch einen Schritt weiter, wenn es darum geht, die Schäden bei Privatpersonen und Kommunen zu begleichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kabinett hat beschlossen, die Infrastrukturschäden der Kommunen, die von dem Jahrhunderthochwasser betroffen waren, zu begleichen. Vorhin im Aufzug habe ich Herrn Söder getroffen. Nachher wird er zu den Dringlichkeitsanträgen sprechen. Ich bitte Sie, den vom Jahrhunderthochwasser betroffenen Kommunen eine Chance zu geben und ihre Schäden mit staatlicher Hilfe zeitnah zu begleichen. Meine Damen und Herren, sonst wird es dort dramatisch. Das sind beispielsweise kleine Kommunen im Landkreis Landshut. Dazu zählt auch Neufahrn in Niederbayern mit 5.000 Einwohnern und 1 Million Euro Schaden an den Wirtschaftswegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum Punkt Vorbeugen. Wir FREIE WÄHLER sind davon überzeugt, dass wir ganz gezielt – das ist längst überfällig – dezentrale Lösungen auf kommunaler Ebene suchen müssen. Sturzfluten aufgrund plötzlicher Regenereignisse müssen wir gezielt und regional abpuffern. Für uns heißt das, den Kommunen mit Beratung, aber auch bei der Umsetzung zu helfen. Wir müssen Siedlungen vor allem dort, wo es Geländemulden und dergleichen gibt, schützen. Dort muss mit Querverbauungen, Wasserrückhaltungen und Ähnlichem ganz gezielt im Kleinen verhindert werden, dass sich Sturzfluten in die Dörfer und Ortschaften ergießen.

Dazu brauchen wir keine große Ideologie, sondern nur genügend Beratungspersonal. Als Stichwort nenne ich die Ämter für Ländliche Entwicklung. Die Kommunen sollten finanziell unterstützt und gut beraten werden. Zu denken ist auch an gewisse Ausgleichsmaßnahmen für diejenigen, die ihre Flächen als Rückhaltepolder zur Verfügung

stellen, um das Wasser im Falle des Falles in der Fläche zu halten, statt es geradewegs über begradigte Straßen und Gräben in die Ortschaften zu leiten. Häufig haben da kleine Maßnahmen riesigen Erfolg. Nehmen Sie unsere heutige Botschaft mit, um Unwetterschäden dieser Art zu verhindern. Die ganz gezielten und kleinen dezentralen Hochwassermaßnahmen in Abstimmung mit den Kommunen sind entscheidend.

Das andere ist dann die große Klimapolitik. Vielleicht werden wir dazu am Nachmittag bei den Dringlichkeitsanträgen ein paar Sätze verlieren. Bei den aktuellen Ereignissen geht es jedoch darum, mit kommunalen Konzepten entgegenzuwirken. Bisher werden die Kommunen damit alleine gelassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Kollegin Reserl Sem von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Reserl Sem (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Überall auf der Welt passieren Katastrophen und Kriege. Manchmal sind sie ganz weit weg. Aber plötzlich sind sie bei uns. Als Abgeordnete des Stimmkreises Rottal-Inn musste ich erfahren, dass es eine Sturzflut im Landkreis gegeben hat. Daher war ich mit Minister Söder, mit unserem Ministerpräsidenten und auch mit unserer Umweltministerin am letzten Mittwochnachmittag in Kontakt. Dafür danke ich sehr.

Dabei haben wir festgestellt: Was da passiert, ist nichts Normales, sondern viel mehr. Als ich am Abend nach Hause gekommen bin, war eine ganze Stadt unter Wasser. Das ist das eine. Das andere ist, dass auch Menschen in ihrer ganzen Existenz und auch seelisch betroffen sind. Es war zu spüren, dass man bereit ist zu helfen. Sehr geehrter Herr Präsident, ich danke für die Gedenkminute und dafür, die Katastrophe in diesem Zusammenhang nochmal darzustellen. Überall in der Stadt Simbach, im Markt Triftern und im Markt Tann hören wir Stimmen und Dialekte aus ganz Bayern, aus Deutschland und aus der Welt. Wir helfen zusammen. Wir sind stark.

Eine Sache liegt mir sehr am Herzen, und zwar wie schnell Minister in die Hochwassergebiete gekommen sind, um sich von der Lage vor Ort ein Bild zu machen. Sie haben schnell gesagt: Da müssen wir jetzt helfen! Aber auch die Begegnung mit den betroffenen Menschen und das Schulterklopfen haben weitergeholfen. Obwohl man im wahrsten Sinne des Wortes im Schlamm steckte, war das sehr wichtig. Die Erfahrung, wie schnell und unkompliziert geholfen werden kann, war sehr schön. Ich darf mich bei allen Kabinettsmitgliedern ganz herzlich bedanken. Auch unserem Landrat gilt besonderer Dank. Er ging sogar noch ein Stück weiter und hat gesagt: Unsere Kreisverwaltung ist von 7.00 Uhr in der Früh bis 19.00 Uhr am Abend besetzt, um die Soforthilfe in Höhe von 1.500 Euro auszahlen zu können. Dies war ein Stück Anerkennung für die Menschen, da viele nichts mehr hatten. Bezeichnend war, dass wir zum Teil nicht mehr erreichbar waren, als Brücken eingestürzt und Straßen überschwemmt worden sind. Gott sei Dank konnten per Hubschrauber viele Menschenleben gerettet werden. Es gab 400 Hubschraubereinsätze. Dabei sind 150 Menschen aus lebensbedrohlichen Situationen gerettet worden.

Gestern hat eine Mutter zu mir gesagt: Ich mag Facebook nicht; ich habe es meinen Söhnen immer verboten. Aber zeitgleich standen diese zwei Söhne im Alter von 16 und 18 Jahren in Simbach und haben mitgeholfen. Eine Wahrnehmung von mir ist, dass die sozialen Medien im Krisenfall gerade unter jungen Leuten unwahrscheinlich hilfreich sind.

Was bleibt uns? – In Simbach und Braunau gibt es das erste grenzüberschreitende Stadtmarketing. Hier werden wir auch von Europa unterstützt. Ich wünsche mir, dass Europa jetzt auch mithilft, von der BRD erwarte ich es. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass man weiß, dass es sich hier um eine Katastrophensituation handelt. Im Namen aller Rottalerinnen und Rottaler und aller Inntal-Bürgerinnen und -bürger darf ich sagen, dass wir mit den anderen Hochwassergeschädigten mitfühlen. Es ist selbstverständlich, dass wir füreinander einstehen.

Natürlich sind wir auf Spenden angewiesen; die Hilfsbereitschaft ist das eine. Andererseits möchte ich in dieser Aktuellen Stunde Folgendes festhalten: Ich selbst komme vom Land. Dort gibt es noch Bäche und Rinnsale. Im Krisenfall würde kein Hochwasserschutzgebiet helfen, um diese Bäche und Rinnsale kontrollieren zu können. In Tann gibt es ein wunderbares und großes Hochwasserschutzbecken, das mit großer Unterstützung durch den Freistaat Bayern gebaut wurde. Dieses Becken hat uns ein bisschen geholfen, um nicht ganz unterzugehen. Auf Niederbayerisch sagt man: Mir in Tann san mit einem blauen Auge davongekommen. Das Gebiet um Anzenkirchen, Triftern und Simbach aber ist eine Katastrophe.

Meine Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für Ihr Mitwirken. Mein Dank gilt der Staatsregierung. Mein Dank gilt auch dem Haushaltsausschuss. Mir ist im Haushaltsausschuss die Stimme gebrochen, als wir den einstimmigen Beschluss herbeiführten, die vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Wir arbeiten weiterhin an diesem Thema.

Sehr geehrte Frau Ministerin Scharf, du hast bei uns so viel Energie und Kraft aufgewendet. Wir werden gewisse Dinge mit wissenschaftlicher Unterstützung umsetzen müssen, damit unser Bayern dergleichen nicht mehr erleben muss. – Eines darf ich sagen: Ja, ein Land wie Bayern kann sich diese Maßnahmen leisten dank seinen Bürgerinnen und Bürgern, die tatkräftig arbeiten, an Ort und Stelle sind und letztendlich unser Geld umsetzen. Wenn wir Hilfe brauchen, werden wir vom Freistaat Bayern unterstützt. Danke und ein "Vergelt's Gott"!

(Allgemeiner Beifall)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Adelt von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verfolge als Geograf seit den 1970er-Jahren Wetter, Unwetter und die Klimaentwicklung, und zwar besonders aus regionaler Sicht. Ich will deshalb kurz etwas aus kom-

munaler Sicht dazu sagen. In meiner Heimatgemeinde gab es im Jahr 1988 den ersten Starkregen. Dabei ist ein Hang abgerutscht, und die Eisenbahn ist verschüttet worden. Man hat damals gesagt, das sei einmalig, das werde nie wieder passieren. Jahre später passierte aber das Gleiche.

Immer wieder kritisieren die Bürger: Eure Kanäle sind zu klein, ihr habt zu schlecht gebaut und zu schlecht geplant. Das hilft uns in diesem Fall nicht weiter. Kollege von Brunn hat es erwähnt: Im Jahr 2007 kam es zu der Sturzflut in Baiersdorf. Ich erwähne dazu die Stichworte Poxdorf und den Bau der A 73.

Mittlerweile verstärkt sich die Intensität der Regenereignisse. Ein neues Szenario ist entstanden. Es kommt zu Niederschlagsmengen von 160 Litern pro Quadratmeter und Tag. Man kennt jeweils in etwa die Region, wo sich ein solcher Regen ereignen wird. Aber jede Woche kann eine andere Region betroffen sein, Nordbayern, Mittelfranken oder Oberbayern. Man kann sich nicht darauf einstellen. Mittlerweile gibt es detaillierte Karten und Vorhersagen, die leider Gottes nicht immer rechtzeitig bekannt gemacht werden. Warnungen an die Rettungsdienste wären sehr sinnvoll; denn die Reaktionszeit ist verdammt kurz, wenn man überhaupt darauf reagieren kann.

Die großen altbewährten wasserbaulichen Maßnahmen reichen nicht aus. Zuerst läuft das Wasser vom Feld, sei es ein unbestocktes Maisfeld, sei es eine Wiese mit langem Gras, hinunter auf die Straße und bahnt sich seinen Weg. Selbst Häuser an Hängen sind dann in Gefahr. Niederschlagsmenge und Bodenbewirtschaftung tragen einen großen Anteil zu den hohen Niederschlagsmengen bei.

Die Hauseigentümer müssen aber auch selber für eigenen Schutz sorgen. Ich denke dabei an den Einbau von Rückstauklappen, die kurzfristige Sicherung gegen Überflutung, ordentliche Haustüren, Bodenabdeckungen usw. Diese sind dringend notwendig. Von kommunaler Seite müsste es Hinweise in den Bebauungsplänen geben, wenn in einem Gebiet mit intensivem Starkregen und mit Bodenabtragungen zu rechnen ist, damit niemand sagen kann, er habe davon nichts gewusst. Es macht nämlich keinen

Sinn, mit den zu treffenden Maßnahmen auf ein hundertjährliches oder tausendjährliches Hochwasser abzielen. Es ist sowieso nicht möglich, bei Verschüttungen am Hang von Hochwasser zu reden.

Der technische Hochwasserschutz muss auf neue Füße gestellt werden. Man muss überlegen, ob es sinnvoll wäre, eine Pflichtversicherung gegen Hochwasserschäden einzuführen und dadurch die Solidarität aller einzufordern.

(Beifall bei der SPD)

Aus kommunaler Sicht ist wichtig, dass die Gewässer dritter Ordnung zurück in den Aufgabenbereich der Wasserwirtschaftsämter kommen.

(Beifall bei der SPD)

In vielen Kommunen ist es nämlich oftmals aus personellen und finanziellen Gründen nicht möglich, sich ausreichend darum zu kümmern. Hier muss mit Bedacht und Vorsicht vorgegangen werden; denn wir alle wünschen uns mehr mäandrierende Bäche, Uferbebauungen, Bäume usw. Solche Maßnahmen können im Katastrophenfall oft einen schnellen Abfluss verhindern. Es wäre schlecht, wenn all diese Naturschutzmaßnahmen wieder beseitigt würden. Darauf muss ein Augenmerk gerichtet werden.

Beim Personal der Wasserwirtschaftsämter ist darauf zu achten, dass dort Praktiker eingestellt werden, nicht nur Beamte der höheren Ebene. Die Beratung und die Arbeit vor Ort sind hier vordringlich. Wir brauchen mehr Flussmeister.

Die SPD hat einen Berichtsantrag gestellt; denn die gesamte Thematik hier und heute im Rahmen dieser Sitzung abzuklären, ist zeitlich nicht möglich. Hier ist das Fachwissen von Meteorologen, Wasserbauern und vielen anderen notwendig.

Die SPD hat in der Sitzung des letzten Haushaltsausschusses einen Auftrag an die Staatsregierung gegeben, wonach bei den angesagten Hilfen kein Unterschied zwischen hundertjährlichem und tausendjährlichem Hochwasser gemacht werden soll.

Hier ist keiner im Raum, der weiß, wie ein Hochwasser vor tausend Jahren oder vor hundert Jahren gewesen ist. Einen solchen Unterschied darf es nicht geben. Es darf auch keine Bagatellgrenzen geben. Eine weggerissene Brücke ist für eine kleine Gemeinde genauso belastend und ein genauso großer Aufwand wie große Maßnahmen für größere Städte.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Gebietskulissen müssen überprüft werden; denn die Hilfe ist schnell und unbürokratisch zu gestalten. Eines ist sicher: Solche Unwetter werden immer wieder kommen und werden auf immer neue Gebiete treffen. Leider Gottes muss ich der Regierung den Rat geben: Lassen Sie in dieser Zeit die Gummistiefel im Auto; denn die Katastrophen werden sich wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Brendel-Fischer von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Hochwassereignisse der letzten Woche in einer bisher unbekannt Dimension wurden in mehreren Medienberichten und -kommentaren unter anderem auf die landwirtschaftliche Nutzung in den Regionen zurückgeführt. Für den Starkregen war der in diesem Zusammenhang oft genannte Mais allerdings keine vorrangige Ursache. Auch eine andere Ansaat, selbst Dauergrünland, hätte eine Niederschlagsmenge in der Größenordnung von 200 Litern pro Quadratmeter nicht aufnehmen bzw. stoppen können.

Klar ist: Unsere Landwirte müssen aus diesen sich häufenden Ereignissen ihre Schlüsse ziehen und auf den schleichenden Humusverlust reagieren, den sie keinesfalls für gut befinden können. Der Trend zum verstärkten Anbau von Zwischenfrüchten sowie zu Bearbeitungsverfahren, die auf Erosionsschutz abzielen, beweist, dass die

Landwirte handeln. Das ist auch bei den Bauern in Niederbayern zunehmend feststellbar. Bereits 12.000 Hektar Zwischenfruchtanbau ist allein in dieser Region, im Rottal, zu verzeichnen. Bayernweit werden 500.000 Hektar Ackerfläche bodenschonend bearbeitet.

Heute wird viel von Smart Farming gesprochen. Dabei darf man nicht nur an die Angebote der Digitalisierung in der Landwirtschaft denken, sondern der Begriff bedeutet auch, dass Boden-, Gewässer- und Klimaschutzinteressen durch immer mehr intelligente Fruchtfolgesysteme Berücksichtigung finden. Das ist heute Standard einer aktualisierten, guten fachlichen Praxis. Dazu gehören kreative Konzepte beim Maisanbau, zum Beispiel Kombinationssaaten, die Erosion sozusagen durch einen grünen Teppich verhindern. Darauf weist insbesondere der Fachverband Biogas e.V. gegenüber seinen Mitgliedern hin.

Vorhin wurde stark kritisiert, dass wir in Bayern den Anbau von Biomasse weiterhin offensiv fördern wollen. Dabei bitte ich zu bedenken, dass auch Sie vonseiten der GRÜNEN großes Interesse an einer erfolgreichen Energiewende in Bayern haben. Sie alle wissen, dass gerade Biogas grundlastfähig und speicherbar ist. Genau das brauchen wir.

(Beifall bei der CSU)

Mittlerweile ist über ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Freistaat in einem Kulturlandschaftsprogramm bzw. im Vertragsnaturschutz untergebracht. Das ist gut so. Wir begrüßen das, weil es sowohl wirtschaftlichen als auch naturschutzfachlichen Interessen entgegenkommt. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf unsere Wälder hinweisen. Die Wälder sind ein wichtiger Wasserspeicher. Vor allem der Schutzwald schützt gegen Hochwasser. Die Waldfläche in Bayern steigt kontinuierlich. Die Schwerpunkte in unserer landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildung werden in diesem Sinne weiterhin neu gesetzt. Ich verspreche Ihnen: Die junge dynamische Generation in der Landwirtschaft hat Ökonomie und Ökologie gleichermaßen im Sinn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt davon, dass vor allem die Landwirte in hochwassergefährdeten Regionen, so beispielsweise im stark betroffenen Rottal, durch noch verantwortungsbewusstere Flächennutzung ihren Beitrag leisten werden, die Folgen etwaiger weiterer Starkregenfälle abzumildern. Niemand in der Landwirtschaft kann Interesse daran haben, dass Humus verschwindet und wir dann in Folge unsere Fließgewässer mittels entsprechender Maßnahmen entschlammen müssen. Allein die Tatsache, dass zum Beispiel unsere Landwirte in Niederbayern am erfolgreichen Projekt "Boden:ständig" beteiligt sind, das unser Landwirtschaftsminister auf den Weg gebracht hat, beweist die Motivation. Auch an unseren Ämtern für Ländliche Entwicklung wird bei den Flurneuordnungsverfahren immer stärker, nicht erst jetzt, sondern schon seit Langem, eine Konzeption verfolgt, die vor allem flächengliedernde Puffer in Form von Hecken als natürliche Wasserbremsen vorsieht.

Helmut Brunner hat auch mit der Einrichtung der Gruppe "Landwirtschaft und Forsten – Hochwasserschutz" an unseren Bezirksregierungen eine effektive Beratung neu etabliert, die sich mit den Landwirten, aber auch über das Landwirtschaftsressort hinaus vernetzt, insbesondere mit unseren Umweltbehörden, liebe Frau Umweltministerin. Ich halte das für sehr, sehr wichtig, weil dann die Expertinnen und Experten gegenseitig beraten und Überzeugungsarbeit leisten können.

Was die Landwirte aber eher demotiviert, meine sehr geehrten Damen und Herren – das sage ich jetzt speziell auch einmal an die Adresse der GRÜNEN –, ist das nervige Vokabular. Wer bayerischen Bauern ständig industrielle Landwirtschaft, Agrarsteppen und Monokulturen vorhält, –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Uhr.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): – kann sich darauf verlassen, dass dies eher kontraproduktiv wirkt.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst, genau wie dies auch meine Vorredner getan haben, mein Mitgefühl all denen aussprechen, die von diesem schrecklichen Ereignis betroffen waren, sowie den Dank an all jene, die tatkräftig geholfen haben. Dennoch werden wir aber, wie wir auch vorher schon festgestellt haben, immer wieder von Ereignissen überrascht, die wir in ihrem vollen Umfang bei noch so guter Voraussicht nicht durch vorausschauende Programme werden abfedern können. Wir werden uns darauf einrichten müssen, dass nichts so wichtig sein wird, als dass wir immer bereit sind, dort, wo unvorhersehbare Ereignisse über uns hereinströmen, schnelle Hilfe zu leisten und sofort zur Stelle zu sein – dies nicht nur, um dort die Ereignisse zu besichtigen, sondern vor allen Dingen, um denjenigen die erste Handreichung zu geben, die betroffen sind und die im ersten Schwung überhaupt nicht mehr wissen, wie sie überhaupt weitermachen sollen.

Meine Damen und Herren, ich bin insbesondere unserer Staatsministerin für Umweltschutz ganz besonders dankbar, die sofort in alle betroffenen Orte gefahren ist, um sich dort ein Bild zu machen, um sofort aufzunehmen, wo sie weiter handeln kann, wo sie auf genau dem aufsetzen kann, was schon seit vielen, vielen Jahren im Umweltministerium verankert ist, nämlich die Begleitung der Kommunen im Hochwasserschutzprogramm, und wo dieses Programm weiter ausgebaut werden kann, um noch weiter präventiv tätig zu werden. Sehr geehrte Frau Staatsministerin, vielen Dank dafür. Sie haben den Menschen vor Ort Hoffnung gegeben, dass es für die Zukunft noch weitere Schutzmaßnahmen von Ihnen geben kann.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte vor allen Dingen auf eines hinweisen und in meinen Dank einbinden: Für die Leute vor Ort war es ganz besonders wichtig, dass eines nicht stattfindet, was an-

derswo schon angeprangert wurde und was einige wenige auch versucht haben – leider auch heute Morgen –, nämlich in einem Schwarzer-Peter-Spiel zu versuchen, irgendwelche Schuldzuweisungen zu betreiben, anstatt sofort dort zu helfen, wo es nötig ist.

Die Bayerische Staatsregierung hat es geschafft, binnen zwölf Stunden nach dem Schadenereignis zur ersten Auszahlung zu kommen. Zwölf Stunden, dann konnten die ersten Hilfgelder dort hinfließen, wo die Menschen keine Kreditkarten, kein Geld und keine Identität in Papierform mehr hatten, sondern nur noch sich selbst, wo sie kein Wasser kaufen konnten, wo es kein Trinkwasser gab, wo Nahrungsmittel nicht zur Verfügung standen, wo Futtermittel nicht mehr an die überlebenden Tiere verfüttert werden konnten, wo sie auf nichts so sehr angewiesen waren wie auf Liquidität. Die Bayerische Staatsregierung hat sofort reagiert. Sie hat nicht geprüft; sie hat nicht überlegt; sie hat nicht gefragt, wen sie noch alles mit heranziehen könnte – sie hat reagiert; sie hat geholfen. Ganz herzlichen Dank dafür an das gesamte bayerische Kabinett!

(Beifall bei der CSU)

Wodurch war dies möglich? – Sie alle wissen: Wir haben über viele Jahre eine sehr strenge Haushaltsdisziplin walten lassen, die dazu geführt hat, dass der Haushalt dieses Freistaates überhaupt die Mittel zur Verfügung hat, um solche Zusagen nicht nur zu machen, sondern auch sofort umzusetzen. Hier gilt der Dank vor allen Dingen den bayerischen Bürgern; denn die bayerischen Bürger helfen nicht nur durch ihrer Hände Arbeit, durch die Zeit, die sie sofort einsetzen, um hilfsbereit zur Stelle zu sein. Ich habe gestern von einem Kollegen aus dem Kreis Passau und von Kollegen aus dem Kreis Deggendorf gehört, dass sie ganz besonders darauf stolz waren, dass sie zurückgeben konnten, was ihnen die Nachbarn aus Simbach und im Rottal im Jahr 2013 gegeben haben. Das heißt, wir haben gezeigt: Bayern steht zusammen, und es steht nicht nur vor Ort durch der Hände Kraft zusammen, sondern es steht auch aufgrund eines hohen Steueraufkommens zusammen, das unsere bayerischen Bürger, jeder

einzelne nach seiner Leistungskraft, erwirtschaften, das es uns ermöglicht, diese Maßnahmen für die Bürger zu ergreifen.

(Beifall bei der CSU)

Die Sprecherin des Bundesfinanzministeriums sagte als erste und einzige Reaktion auf diese Katastrophe, die den Menschen ihre Existenz völlig geraubt hat: Das sind reiche Länder, das sind lokale Ereignisse; das hat mit dem nationalen Hochwasser von 2013 nichts zu tun; da brauchen wir nicht zu helfen; das schaffen die schon selbst. – Das ist eine rotzige Unverschämtheit gegenüber den Bayern, die wir uns so nicht gefallen lassen werden.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aus dieser Regierung würde ich rausgehen!)

Wir werden den Bund weiterhin auffordern – hoffentlich haben wir Sie alle an unserer Seite – zu helfen, so wie er gerade in den letzten Monaten und Jahren Hilfe aus Bayern, gerade aus den betroffenen Landkreisen, erfahren hat. Wir werden den Bund auffordern, seinerseits an Europa heranzutreten – denn so ist die Abfolge –, um auch Europa mit in die Solidarität zu nehmen. Solidarität und Loyalität sind keine Einbahnstraße. Wir werden sie einfordern, zusätzlich zu dem Drei-Säulen-Modell, das die Bayerische Staatsregierung jetzt aufgelegt hat und das schon jetzt ein Konzept ist, mit dem wir auch in Zukunft hoffentlich hervorragend zu Rande kommen können, zumindest was die Finanzen betrifft. Wir werden es im Rahmen der Diskussion über die Dringlichkeitsanträge noch einmal vorstellen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin: Frau Staatsministerin Scharf.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über eine der ganz großen Naturkatastrophen in

der Geschichte des Freistaats Bayern. Viele Regionen in Bayern sind betroffen, am allerschlimmsten der Landkreis Rottal-Inn. Liebe Reserl Sem, ich war mehrfach, ich war dreimal vor Ort. Ich habe gesehen, was es bedeutet, ein Jahrtausendhochwasser zu erleben – Verwüstung, pure Verzweiflung und Hunderte Obdachlose. Das alte Simbach am Inn ist weg, weggeschwemmt und zerstört wie von einem apokalyptischen Reiter. Ich sage Ihnen: Es fehlen einem die Worte, wenn man das sieht. Ich fühle tief mit den Betroffenen. Ich empfinde auch Trauer um die sieben Todesopfer. Ihre Familien haben zur Hochwasserkatastrophe auch noch eine menschliche Katastrophe erlitten – die schlimmste, die es gibt. Wir sind mit unseren Gedanken und mit unseren Herzen bei den Angehörigen.

(Allgemeiner Beifall)

Hohes Haus! Wir haben heute nicht nur den 9. Juni, sondern wir haben auch Tag 8 nach der Flut. In dieser Stunde, während wir hier debattieren, kämpfen in Rottal-Inn die Menschen immer noch in ihren Häusern, in ihren Kellern und auf den Straßen. Mit bloßen Händen bauen sie ihre Heimat wieder auf. Sie tun das mit der Kraft der Hoffnung, und sie tun das mit beispielloser Unterstützung. Der bayerische Katastrophenschutz hat hervorragend funktioniert. An dieser Stelle gilt dem Herrn Innenminister Joachim Herrmann ein großes Kompliment für diesen Katastrophenschutz.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke den Tausenden Rettungskräften, Helfern und Ehrenamtlichen. Hier ist wirklich Großes geschehen. Rottal-Inn zeigt uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie stark das menschliche Fundament in Bayern ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen bauen ihre Heimat wieder auf – mit einer Staatsregierung, die an ihrer Seite steht. Wir stehen in diesen schweren Zeiten fest zusammen, um gemeinsam die Zukunft wieder möglich zu machen. Wir haben am Dienstag im Ministerrat eine klare und eine kraftvolle Entscheidung getroffen – menschlich, schnell und unbürokratisch. Das sind die Stärken bei uns in Bayern.

Wir haben ein Hilfsprogramm beschlossen, mit dem wir den Menschen wieder auf die Beine helfen wollen. Meinem Kollegen Markus Söder ein herzliches "Vergelt's Gott!" für dieses kraftvolle Hilfspaket, auch allen Kolleginnen und Kollegen vom Haushaltsausschuss mit ihrem Vorsitzenden Peter Winter.

Seit Tagen läuft die Soforthilfe. Die Kollegin Wittmann hat es dargestellt: Unmittelbar nach der Katastrophe gab es die ersten Auszahlungen. Für die Menschen, die vom Jahrtausendhochwasser betroffen sind, gibt es Hilfe in Anlehnung an das Hochwasser 2013. Wir verzichten hier auf Versicherbarkeit und Bedürftigkeit als Bemessungskriterien, weil die Katastrophe unvorhersehbar war.

Für die Menschen, die vom Jahrhunderthochwasser betroffen sind, legen wir eine ebenso unbürokratische und schnelle Hilfe auf, Hilfe für alle Betroffenen, aber auch Hilfe für alle Bedarfslagen. Für existenzbedrohende Schäden gibt es einen Härtefonds. Daraus können wir bis zu 100 % des Schadens aller Hochwasseropfer in Bayern erstatten. Es wird steuerliche Maßnahmen geben, und wir werden umfassende Hilfen für die Kommunen bereitstellen, die ihre Kindergärten, ihre Schulen, ihre Straßen, ihre Brücken wieder in Ordnung bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterstütze alles, was den Menschen hilft. Deswegen lautet meine klare Forderung an Berlin: Wir brauchen Geld aus dem Hochwasserfonds des Bundes; wir brauchen es schnell und in großen Scheinen. An die Adresse der Bundesministerin Hendricks sage ich mit Blick auf die gestrige Bundestagsdebatte ganz klar: Eine nicht näher bezifferte Wiederaufbauhilfe im Rahmen von Stadtentwicklungsprogrammen ist uns zu wenig. Jeder Tag, der ohne eine kraftvolle Botschaft aus Berlin ins Land geht, ist ein verlorener Tag für die Solidarität des Bundes mit der Bevölkerung.

Was ich nicht unterstütze, meine Damen und Herren: politisches Kalkül in Zeiten der Not. Ich halte es für einen großen Fehlgriff, den Menschen zu suggerieren, man könne alle 92.000 km Bäche vollständig gegen massives Hochwasser sichern. Wer vor Ort

war, der weiß, wie klein der Bach in Simbach eigentlich ist: 60 Zentimeter breit, 20 Zentimeter tief. Für diesen kleinen Bach hätten wir mehrere Meter hohe Deiche gebraucht. Ich gehe davon aus, die GRÜNEN wären die Ersten gewesen, die dagegen demonstriert hätten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahrheit ist: Eine Jahrtausendsturzflut wie in Simbach ist technisch nicht beherrschbar. Es gibt Grenzen der Beherrschbarkeit. Aber vor Jahrhundertereignissen wollen und müssen wir die Menschen bestmöglich schützen. Mir ist wichtig, dass wir uns heute die entscheidende Botschaft der letzten zehn Tage vergegenwärtigen. Fachleute sehen in den aktuellen Starkniederschlägen ein neues Muster, das sich von den üblichen Sommergewittern abhebt und auch nichts mit dem Hochwasser 2013 zu tun hat. Wir haben erstens eine außergewöhnliche Häufung von über Bayern verteilten Starkregenzellen erlebt; und wir haben zweitens mit einer Mega-Regenzelle – so möchte ich sie bezeichnen – über Simbach eine neue Intensität wahrgenommen. Diese Mega-Zelle war ortsfest; sie bewegte sich also während des Gewitters nicht weiter. Und sie war imstande, ein lokales Jahrtausendhochwasser zu verursachen, wie wir es uns bisher nicht vorstellen konnten.

Etwas Ähnliches gab es auch in Baden-Württemberg. Die Meteorologen, die Experten, der Deutsche Wetterdienst sagen uns voraus, dass wir so etwas in Zukunft noch öfter erleben werden. Die Sturzflut 2016 zeigt uns einmal mehr die gravierenden Folgen des Klimawandels. Es ist klar: Je wärmer es ist, desto mehr Wasser gibt es in der Luft, in der Atmosphäre; und je mehr Wasser in der Luft ist, desto stärker sind folglich die Niederschläge. Der Klimawandel, meine Damen und Herren, schickt uns die Boten voraus: das Hochwasser 2013, die Trockenheit 2015 und nun die Sturzflut 2016 – drei Boten mit völlig unterschiedlichen Gesichtern.

Deswegen ist Klimapolitik Existenzpolitik. Klimapolitik ist Verantwortungs- und Zukunftspflicht. Darüber müssen wir gegenüber unseren Kindern und Enkeln Rechen-

schaft ablegen. Ich habe dem Hohen Haus am 2. Dezember 2015 in einer Regierungserklärung die Schwerpunkte der bayerischen Klimapolitik ausführlich vorgetragen:

(Florian von Brunn (SPD): Aber da müssen die anderen Kollegen auch mitziehen, bei der Klimapolitik! Zum Beispiel die Wirtschaftsministerin oder der Heimatminister!)

den Klimareport Bayern 2015, der vor einer Häufung extremer Wetterereignisse warnt; die Bayerische Klimaanpassungsstrategie, die wir nach den Erkenntnissen unseres Klimareports jetzt aktualisieren; das Klimaschutzprogramm Bayern 2050, das 170 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2015/2016 vorsieht; und, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2008 wurde über eine Milliarde Euro in Klimaschutz, Energie und Innovation investiert. Vor allem nenne ich – das ist ganz wesentlich – unser historisches Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus: 3,4 Milliarden Euro stark ist es. Es enthält umfangreiche Zuschüsse für den kommunalen Hochwasserschutz. Vieles andere mehr habe ich in dieser Regierungserklärung ausgeführt.

Wir werden in ganz Deutschland für unsere Agenda respektiert. Sie bringen jetzt zum Beispiel den Streit um die Windkraft in Verbindung mit Simbach und mit Triftern, Herr Hartmann. Das empfinde ich als herzlos und vollkommen unangebracht.

(Beifall bei der CSU)

Politische Bundesliga wäre es, endlich anzuerkennen: Bayern ist Klimaschutzland Nummer eins in Deutschland.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Stimmt doch nicht mehr! – Florian von Brunn (SPD): Also das müssen wir wirklich mal einer kritischen Prüfung unterziehen, Frau Kollegin!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von dem Staatsmann Perikles stammt der Ausspruch: "Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf

die Zukunft vorbereitet zu sein." Ich sage mit Bezug auf den Hochwasserschutz: Es kommt auf beides an, auf die Vorhersage und auf die Vorbereitung. Wir analysieren jetzt das aktuelle Ereignis auf das Genaueste; und wir wollen unsere bewährte Hochwasserschutzstrategie um eine neue, starke Säule für Sturzfluten ergänzen. Wir stehen damit ganz fest an der Seite unserer Kommunen.

Der Dreiklang aus Warnung, Beratung und Förderung soll unsere weiteren Maßnahmen prägen. Wir verbessern die Warnung vor Sturzfluten. Wir stellen den Kommunen unsere Experten der Wasserwirtschaft zur Seite für eine enge Beratung darüber, welche neuen Risiken durch Sturzfluten es gibt und wie wir die Menschen am besten schützen. Wir legen neue Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten für die kommunalen Gewässer auf, und ich ermutige die Gemeinden, die vorhandenen Fördermöglichkeiten noch viel stärker auszuschöpfen. Wir vergeben derzeit rund 23 Millionen Euro im Jahr an Fördermitteln für kommunalen Hochwasserschutz, für Hochwasserschutzprojekte. Da ist noch Luft nach oben; da gibt es keinen Antragstau. Deshalb wollen wir die Kommunen auffordern und ermutigen, diese Fördergelegenheiten wahrzunehmen.

Wir stehen als Partner zu unseren Kommunen, sowohl bei der Bewältigung der Gegenwart als auch beim Einsatz für eine lebenswerte und sichere Zukunft. Wir werden schnellstmöglich ein umfangreiches Konzept vorlegen, um die Gemeinden im Kampf gegen Sturzfluten noch besser zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns heute ein überparteiliches Signal aus diesem Haus aussenden, das lautet: Wir sind nur gemeinsam stark für die Menschen in unserem Lande.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.